

70 Jahre Staat Israel - 70 Jahre ›Nakba‹ der Palästinenser

Dr. Sören Widmann



Grafik: gemeinfrei

Rabbi Alissa Wise, die Direktorin der amerikanischen Jewish Voice for Peace, schrieb am 18. Mai 2018: »Was für eine schreckliche Woche! Nie werde ich die beiden nebeneinander gestellten Bilder aus meinem Kopf kriegen: Einerseits Ivanka Trump und Jared Kushner, die mit anderen die neue US-Botschaft feiern, während gleichzeitig das israelische Militär in Gaza 60 Menschen tötet und nahezu 3 000 verwundet!« In Ost-Jerusalem wurde am 15. Mai, dem 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels, das dortige US-Konsulat in eine US-Botschaft umgewandelt. Das Botschaftsgebäude liegt teilweise auf der ›Grünen Linie‹, teilweise aber auf ehemals jordanischem, im 6-Tage-Krieg von Israel völkerrechtswidrig besetztem Gebiet.

An den seit dem 30. März jeden Freitag an verschiedenen Orten im Gazastreifen durchgeführten Demonstrationen beteiligten sich jeweils Zehntausende: Männer und Frauen, Jugendliche und selbst Kinder. Sie wollten mit ihrem ›March of Return‹ sowohl an die ›nakba‹, an die Katastrophe ihrer Vertreibung, wie auch an ihr durch die UN-Resolution 194 verbrieftes Rückkehrrecht erinnern. Die

Organisatoren dieser Massendemonstrationen riefen dazu auf, friedlich zu bleiben und die von Israel verfügte 200-Meter-Sperrzone vor dem Grenzzaun zu respektieren. Trotzdem gab es dort seit Ende März auf palästinensischer Seite mehr als 115 Tote und 10 000 Verletzte, da israelische Soldaten von der Grenze aus auf die Demonstranten schossen und Tränengas auf sie regnen ließen. Die israelische Regierung beruft sich auf ihr Recht zur Selbstverteidigung und rückte die Demonstrationen in die Nähe des gewaltsamen Terrorismus, indem sie behauptete, diese seien von der Hamas angezettelt. Kritische Stimmen sehen die Schüsse als wahllose Angriffe auf unbewaffnete Zivilisten.

Um die heutige Situation zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf die vergangenen einhundert Jahre: 1917 sagte der damalige britische Außenminister Balfour im Namen seiner Regierung der zionistischen Weltorganisation Unterstützung bei der Errichtung einer ›nationalen Heimstätte‹ in Palästina zu. Die Balfour-Deklaration fand dann 1922 Aufnahme in den Mandatstext, durch den der Völkerbund Großbritannien mit der Verwaltung Palästinas betraute. Dieses Mandat endete am 14. Mai 1948 um Mitternacht. Nur wenige Sekunden später erklärte David Ben-Gurion, der erste israelische Ministerpräsident, unter Berufung auf den UN-Teilungsplan die Unabhängigkeit des Staates Israel.

Die Regierungen Ägyptens, des Irak, Libanons, Syriens und Transjordanien – die den Teilungsplan nicht anerkannten – erklärten dem jungen Staat Israel darauf sofort den Krieg. Der von Israel sogenannte ›Unabhängigkeitskrieg‹ endete erst 1949 mit Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und den arabischen Staaten, nach denen sich der israelische Anteil am ehemaligen Mandatsgebiet Palästina von 57 Prozent (UN-Teilungsplan von 1947) auf 77 Prozent (einschließlich Westjerusalem) erhöht hatte! Die Palästinenser waren in der Westbank ab 1949 unter jordanischer Herrschaft und der Gazastreifen, in den viele der vertriebenen Palästinenser geflohen waren, unterlag nun ägyptischer Verwaltung. Der israelische Historiker Ilan Pappé hat detailliert offizielle Quellen der israelischen Regierung ausgewertet und festgestellt, dass nach einem offiziellen Plan ›Daleth‹ im Jahr 1948 ungefähr 750 000 Palästinenser aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden. Insgesamt sollen dabei 531 Dörfer und elf Städte zerstört bzw. zwangsgeräumt worden sein.

Im ›Sechs-Tage-Krieg‹ vom 5. bis 10. Juni 1967 schließlich eroberte Israel in einem umfassenden Präventivschlag Ostjerusalem und die ganze Westbank, den Gazastreifen und die syrischen Golan-Höhen. Der Krieg hatte erneut rund 500 000 palästinensische Flüchtlinge zur Folge. Die Resolution 242, die den Rückzug aus den besetzten Gebieten fordert, wurde von Israel bis heute nicht befolgt. Immer unverhohlener bezeichnen viele Israelis das ganze Land zwischen Jordan und Mittelmeer als das ihrige.

Doch was ist mit den Palästinensern?

Aus dem Gaza-Streifen hat sich Israel 2005 zurückgezogen. Heute leben dort auf 364 Quadratkilometern nahezu 2 Millionen Palästinenser. Die Grenzen des Gebietes werden von der Landseite wie vom Meer her durch die israelische Armee bzw. Marine vollständig kontrolliert. Die FAO hält Gaza ab 2020 für unbewohnbar, da das Grundwasser entweder salzig oder durch Abwasser verseucht ist und Israel nur 4 Stunden täglich dorthin Strom liefert.

Dass der militärische Teil der radikalislamischen Hamas und seine Unterstützer offensichtlich nicht auf eine Deeskalation hinarbeiten, macht die Situation noch unerträglicher. Immer wieder werden Raketen und Granaten vom Gazastreifen aus auf Israel abgefeuert, das darauf wiederum mit Vergeltungsschlägen gegen Ziele im Gazastreifen reagiert.

Im Westjordanland gibt es inzwischen 800 000 jüdische Siedler die dort als israelische Staatsbürger leben, während alle Palästinenser israelischem Militärrecht unterworfen sind. Das Gebiet ist vom israelischen Militär in A-B- und C-Zonen aufgeteilt, wobei in der 40 Prozent des Gebietes umfassenden C-Zone das israelische Militär allein das Sagen hat. Zusätzlich ist die Westbank von einem Straßennetz durchzogen, das von Palästinensern weder betreten noch befahren werden darf und somit die Wirkung von Grenzmauern hat. Nur durch unregelmäßig geöffnete Checkpoints können die Palästinenser von einer ‚Insel‘ zur andern gelangen.

Wie könnte eine Lösung aussehen?

In einem Artikel in der ZEIT bezeichnete es jüngst der israelische Philosoph Omri Boehm als »illusorisch« unter diesen Umständen noch an eine ›Zwei-Staaten-Lösung‹ zu glauben. Nach 51 Jahren könne man auch nicht mehr von einer Besatzung reden, sondern müsse diesen Zustand in der Westbank als Apartheid bezeichnen. Überdies sei es nicht realistisch zu meinen, 800 000 jüdische Siedler ließen sich nach Israel zurückbringen.

Man müsse stattdessen die Möglichkeiten einer bi-nationalen Ein-Staaten-Lösung ausloten - als Alternative »zu dem Abgrund, auf den das Land zusteuert.« Auch Boehm denkt an zwei durch die Grenze von 1967 getrennte Staaten, doch soll den Bürgern beider Staaten volle Bewegungsfreiheit und gleiches Recht durch eine gemeinsame Verfassung und ein gemeinsames oberstes Berufungsgericht garantiert werden. Ob eine solche bi-nationale Ein-Staaten-Lösung den Terror gegen Israel und das Elend in den Palästinensergebieten verringern und damit die Situation im Nahen Osten für Israelis und Palästinenser erträglicher machen kann, hängt stark davon ab, ob alle Parteien bereit sind, sich darauf einzulassen und entsprechend auszuhandelnde Vereinbarungen einzuhalten. Einen Versuch wäre es wert.

Heiko Maas, der neue deutsche Außenminister, sagte bei seinem Antrittsbesuch in Israel Ministerpräsident Netanjahu zu, Deutschland werde in allen entscheidenden Fragen, stets an der Seite Israels sein. - Auf welcher Seite? Auf der Netanjahus, oder auf der Seite der israelischen Friedensaktivisten wie ›The Other Voice‹, die in Sederot, nahe des geschlossenen Checkpoints Erez wöchentlich demonstrieren mit Plakaten, auf denen steht: »Auf beiden Seiten der Grenze zu Gaza möchten Kinder in Frieden leben«?

Über den Autor:

Dr. theol. Sören Widmann, Pfarrer und Studiendirektor im Ruhestand, ist Autor zahlreicher friedenspolitischer Publikationen und Mitglied im Vorstand von Ohne Rüstung Leben. Seit vielen Jahren engagiert er sich auch im Kairos-Palästina-Solidaritätsnetz.